



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

α.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

darauf verzichtet haben, den Nationalhaß in Frankreich gegen Deutschland ferner aufzustacheln. Wer weiß, ob der französische Klerus nicht Auftrag erhalten hätte, die Freundschaft mit dem kaiserlichen Deutschland dem französischen Volke zu empfehlen, versteht sich mit dem Zusatz, daß dieses Deutschland wie der Freund der wahren Kirche, so auch der Freund des wahren d. h. des bourbonischen Königthums sei.

Die ultramontane Politik war in der Lage, die deutschfeindlichen Elemente in Italien, Frankreich, Oesterreich und auf dem deutschen Boden selbst entweder sogleich im Zaum zu halten, oder kräftiger als je anzutreiben. Sie mußte schnell wissen, was zu thun sei. Denn bei fortgesetzten Angriffen auf das deutsche Reich durfte sie nicht hoffen, die Leiter desselben für sich zu gewinnen. Aber ohne zu wissen, daß dieses Reich zu einem lebensgefährlichen Bund mit ihr bereit sei, durfte diese Politik ihre alten deutschfeindlichen Werkzeuge auch nicht säumig werden lassen. Denn als unabhängige Macht befestigt, bleibt dieses Reich für den Ultramontanismus die größte Gefahr. So war eine schnelle und entscheidende Recognoscirung geboten. Auf diplomatischem Wege konnte sie nicht mit Erfolg unternommen werden. So ist sie auf den Boden des Reichstags verlegt worden und hat zu einem Ergebnis geführt, das wenigstens an Deutlichkeit nichts zu wünschen läßt, wenn die Veranstalter der Recognoscirung es auch gern von anderer Beschaffenheit gesehen hätten.

G—r.

## Nus Schwaben.

Unser letzter Bericht über die katholische Kirchenfrage bedarf einer Ergänzung mit Rücksicht auf die seit Döllingers Vorgehen eingetretene Sachlage. Bischof Hefele hat nämlich der Entziehung der Quinquennalfacultäten unerachtet das Concilsdecret bis jetzt nicht publicirt, scheint aber auch das ihm in neuester Zeit von München aus unter der Hand gemachte Ansinnen, als einziger bis jetzt noch renitenter deutscher Bischof sich an die Spitze eines Schisma's zu stellen und so zur Gründung einer deutschen Nationalkirche mitzuwirken, mit Rücksicht auf die Hoffnungslosigkeit eines solchen Unternehmens entschieden abzulehnen. Er zieht wie wir hören vor, der Alternative zwischen Unterwerfung oder Schisma durch freiwillige Entsagung auf den Bischofsstuhl auszuweichen, und möchte sich wieder auf eine — aus sehr erklärlichen

Gründen womöglich weltliche — Professur zurückziehen. Natürlich würde dann die Curie nur einem Infallibilisten die Confirmation als Nachfolger in der Bischofswürde ertheilen und so — nach den bisherigen Aeußerungen der Regierung — die Verkündigung des neuen Dogma's in Württemberg keinen weiteren Widerstand erfahren, da wohl auch die Tübinger katholische Facultät dem von Haneberg und Genossen in München gegebenen Beispiel folgen würde. Man macht jetzt überall dieselbe Erfahrung wie vor 30 Jahren, als Hefele noch jünger und einer der eifrigsten Stürmer gegen den duldsamen und friedliebenden Bischof Keller von Rottenburg war, daß nämlich der jüngere Klerus auf dem Lehrstuhl wie in der Seelsorge sich in römischer Gesinnung überbietet, die älteren, in Amt und Würde befindlichen Kleriker dagegen sich zwar von diesem Fanatismus abwenden, aber auch aus ihrer nach beiden Seiten beliebten passiven Haltung nicht hervortreten. —

Neben der Kirchenfrage beschäftigt die Organisation von Elsaß und Lothringen vorherrschend die Gemüther. Daß das Project der Abtretung von Weisenburg an Bayern von der süddeutschen Presse — die bayerische nicht ausgenommen — fast einstimmig verworfen wurde, ist bekannt. Getheilte sind dagegen die Ansichten bezüglich der Modalitäten der neu einzurichtenden Verwaltung. Uebrigens dürfte die Kürze, wir möchten sagen Inhaltslosigkeit der bundesrätlichen Vorlage, welche der Reichsregierung die freieste Bewegung bis zum Jahr 1874 offenläßt, die Billigung aller besonnenen Politiker finden. Die Erfahrungen, welche man unter günstigeren Verhältnissen in Hannover und Frankfurt gemacht hat, beweisen wohl am besten, wie mißlich es ist, Länder, welche man eben erst durch das Recht der Kriegseroberung erworben hat, wo die Anhänger der früheren Regierung durch die nachhaltigsten materiellen Interessen noch Jahre lang an letztere gefesselt sind, und erst eine neue Generation in anderen Anschauungen und anderen Interessen herangezogen werden muß, schon nach wenigen Monaten in den Vollgenuß aller politischen Rechte, wie sie die modernen Verfassungen gewähren, einzusetzen. Man negirt dadurch den eben vollzogenen Act der Gewalt und giebt den Gegnern des neuen Zustandes selbst die Waffen zu dessen offener und heimlicher Bekämpfung in die Hand. Die Geschichte kennt kein Analogon der Milde, welche Preußen seit 1866 gegenüber von Hannover und Frankfurt an den Tag gelegt hat und welche so grell absticht von der unerbittlichen, jeden Widerstand vernichtenden Strenge, welche in gleicher Lage die Rheinbundsstaaten gegenüber den Unterthanen ihrer in den Jahren 1803 und 1806 neu erworbenen Reichsgebiete an den Tag gelegt haben. Preußen hat sogar geduldet, daß das eroberte Frankfurt seit 1866 den Mittelpunkt der feindseligen Angriffe des Südens gegen den Nordbund bildete, von dort aus die s. g. großdeutsche Presse der Südstaaten

gegen Preußen dirigirt und bezahlt wurde. Und was waren seither die Erfolge dieser unerhörten Milde? Die Wahlen eines Ewald und Sonnemann! —

Die Schaffung eines neuen ungetheilten Reichslandes aus den neu erworbenen Provinzen hat zwar von Anfang an im Süden die eifrigsten Vertreter gefunden: doch gilt dieß nur von der staatsrechtlichen Stellung zum übrigen Reich, nicht von der Verwaltung. Vielmehr erwartet man bei uns in allen wohlmeinenden nationalen Kreisen die Durchführung preußischer Verwaltungsgrundsätze in den neuen Provinzen: man sieht dieselben gleichsam als eine Versuchsstation an für die freiere Entwicklung der trefflichen Grundlagen der preußischen Verwaltung, als einen dankbaren Boden für die Neugestaltung eines deutschen Verwaltungsrechts unter den Regide des Reichskanzlers. Der Elsäffer bedarf vor allem einer Regierung, welche ihm imponirt, und das ist allein die preußische: denn auf die süddeutschen Nachbarländer ist er — ähnlich dem stammverwandten Schweizer — längst gewöhnt mit größter Geringschätzung herabzusehen, und bis auf die neueste Zeit war deßhalb die Occupation durch die badischen und württembergischen Truppen dasjenige, was am meisten Haß und Demüthigung erzeugte; andrerseits versteht dort der französisch gebildete Städter trefflich, den mangelnden socialen Schliff, die Schwerefälligkeit der Bewegung, welche so vielen süddeutschen Beamten anklebt, ins Lächerliche zu ziehen. Aber auch abgesehen hiervon, ist schon nach den bisherigen Erfahrungen bei dem Zusammenwirken eines aus allen deutschen Staaten zusammengewürfelten, nach den verschiedensten Grundsätzen ausgebildeten Personals von richterlichen und Administrativ-Beamten ein geordneter Gang der Verwaltung nicht zu erzielen, selbst wenn der Reichsregierung von den Einzelstaaten ein besseres Material zur Verfügung gestellt würde, als es bisher, wenigstens im Süden, der Fall war; denn es ist Thatsache, daß was sich bei uns bisher zur Verwaltung von richterlichen und administrativen Stellen im Elsaß herzubrängte, aus Elementen besteht, deren man sich diesseits gern auf Kosten des Reichs entledigen würde. Nur Preußen vermag in dieser Beziehung die erforderliche Einheit der Verwaltung herzustellen, und aus dem ihm zu Gebote stehenden Personal die für die neuen Provinzen geeigneten Beamten auszuwählen. Soll daher die Reichsregierung die mit der Dictatur verbundene große Verantwortlichkeit mit Erfolg übernehmen, so darf sie nicht bezüglich der Wahl ihrer Vollzugsorgane auf persönliche Recommendationen von Seiten der Einzelstaaten, welche sich jeder Controle entziehen, verwiesen werden. Wenn irgend etwas der neuen Reichsgewalt im Elsaß Schaden könnte, so wäre es die mangelnde Integrität des importirten Beamtenstandes!

a.